



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 121. Ratssitzung vom 11. Dezember 2024

4074. 2024/421

Weisung vom 11.09.2024:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2025 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2025

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 120, Beschluss-Nr. 4074/2024).

Beschlüsse:

Antrag 011.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Der Stadtrat will 120 Millionen Franken für Beratungsfirmen ausgeben, die Gefälligkeitsgutachten erstellen sollen. Wir wissen, wie es mit diesen Studien ist: Sie werden jeweils so gemacht, dass sie links-grüne Anliegen legitimieren. Wenn der Beauftragte für Gleichstellung nicht über die Sachkompetenz verfügt, dann fragen wir uns mit Recht, ob die Stelle richtig besetzt wurde.

Markus Haselbach (Die Mitte): Der Mehraufwand in diesem Konto steht insbesondere in Zusammenhang mit den Vorhaben für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Der Gemeinderat hat in dieser Sache verschiedene Postulate und Motionen überwiesen. Sie fordern den Stadtrat auf, einen Inklusionsfonds zu schaffen, mit dem Massnahmen für die barrierefreie Zugänglichkeit von Dienstleistungen und Veranstaltungen finanziell unterstützt werden können. Auch soll geprüft werden, wie Aktivitäten zur politischen Bildung für in Zürich wohnhafte, verbeiständete Menschen eingeführt werden können und wie ein Weiterbildungsangebot zu Inklusion für städtische Angestellte mit selbstvertretenden Expertinnen gewährleistet werden kann. All diese Vorhaben benötigen verschiedenste Abklärungen und Analysen, konzeptionelle Arbeiten sowie technische und weitere Umsetzungsdienstleistungen. Dafür sind Expertendienstleistungen vorgesehen. Auch kommen Expertendienstleistungen für Videos in Leichter Sprache und in Gebärdensprache auf dem Web-Portal der Stadt hinzu. Auf dem Konto sind auch Expertendienstleistungen für den Delegierten Wohnen budgetiert. Die Kosten für die Erinnerungskultur sind hingegen



etwas kleiner, denn bei der Erarbeitung der Strategie Erinnerungskultur werden im Jahr 2025 weniger Expertendienstleistungen benötigt.

Weitere Wortmeldungen:

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in Zürich sollte eine Selbstverständlichkeit sein und es braucht noch viel mehr Einsatz in diesem Bereich. Ich und die Fraktion der Grünen begrüssen es sehr, dass der Stadtrat vorwärts macht. Es wurden einige Vorstösse eingereicht und es ist sehr positiv, dass mehr Gelder dafür eingestellt wurden. Gerade die Themen Leichte Sprache und Gebärdensprache finden wir sehr wichtig und es ist klar, dass es dort zusätzliche Mittel braucht. Es ist verständlich, dass es dafür externe Beratungen braucht. Das Thema Behinderung ist sehr komplex und es gibt viele verschiedene Formen von Behinderung. Einzelpersonen können nicht alles wissen, auch wenn sie Fachpersonen sind. Sie leisten gute Arbeit und es ist sehr zu begrüssen, dass diese Arbeit weiterhin und verstärkt geleistet werden kann, auch mit externer Beratung.*

Sophie Blaser (AL): *Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ist ein Grundauftrag. Die Fachstelle für Gleichstellung hat aktuell nicht das Mandat, sich für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen einzusetzen, wobei wir diese Erweiterung gefordert haben. Die Argumentation, dass es die Fachstelle für Gleichstellung bereits gibt, geht insofern nicht auf, da die SVP davon träumt, sie zu schliessen. Auch die FDP will massive Streichungen bei der Fachstelle für Gleichstellung. Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ist bereits im Verzug. Darum sollten weitere Versuche, die Fachstelle in der Budgetdebatte anzugreifen oder anzutasten, abgewehrt werden.*

Martina Zürcher (FDP): *Ich will die Vorrednerin darauf hinweisen, dass es bei diesem Antrag nur um das Konto «Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.» geht und nicht um das Personal einer Fachstelle.*

S. 143	15 1500 3132 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Departementssekretariat Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
011.	Antrag Stadtrat				1 021 000 Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)



3 / 38

120 000

901 000 Minderheit

Johann Widmer (SVP)
Referat, Vizepräsidium
Martin Bürki (FDP),
Përparim Avdili (FDP)

Begründung: Wir haben schon das Büro für Gleichstellung. Der «Beauftragte für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung» soll keine Ausgaben für Gefälligkeitsstudien von Beratungsfirmen tätigen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 012.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): *Es existieren zwar Volksentscheide zur Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit, darum geht es nicht. Es ist aber ein typisch linker Vorstoss: Wieder sollen Berater angestellt werden, weil das scheinbar die Angestellten der Stadt nicht können. Wenn das tatsächlich so ist, dann soll die zuständige Stadträtin drei ihrer Stellen streichen. Dann können die drei Berater kostenneutral angestellt werden. So kann das Budget eingehalten werden. Es ist zu befürchten, dass das nicht so sein wird. Denn bei einer Ablehnung werden dieselben Posten im Nachtragskredit kommen. Diese lehnen wir stets auch ab, denn der Stadtrat ist bekannt dafür, dass er erst handelt und dann den Gemeinderat vor vollendete Tatsachen stellt.*

Markus Haselbach (Die Mitte): *Auf diesem Konto haben wir eine grosse Zunahme um beinahe 50 Prozent gegenüber dem Budget 2024. Das ist allerdings auf eine Konto-Verschiebung der Ausgaben bei der internationalen Zusammenarbeit zurückzuführen. Zusätzlich gab es bis im März eine Verschiebung von anderen Konten auf dieses. Das hat weniger damit zu tun, dass weniger Finanzierung bei der Umsetzung, sondern mehr Unterstützung beim Innovationsprozess bezüglich Smart City gefragt ist. Alles in allem sind es daher keine echten Mehrausgaben, sondern Verlagerungen.*



4 / 38

S. 146	15 1505 3132 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
012.	Antrag Stadtrat				1 027 000	Mehrheit
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			339 000		688 000	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP)
		Begründung:	Der Mehrbedarf für Beratungen betreffend die internationale Zusammenarbeit soll gestrichen werden. Die Stadt soll sich nicht international betätigen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 013.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tanja Maag (AL): Die Situation in Kurdistan und diese rund um den Brückenschlag Zürich-Amed/Diyarbakir haben sich nicht verbessert. Die politische Unterdrückung und die Menschenrechtsverletzungen sind nach wie vor an der Tagesordnung. Der Brückenschlag Zürich-Amed/Diyarbakir wollte offensichtlich eine Veranstaltung durchführen, bei der aber die Türkei die Eingeladenen nicht ausreisen lassen wollte. Die Situation ist keineswegs normal. Sie bleibt für viele Kurd*innen im Land sehr bedrohlich. Der Gemeinderat begleitete die Situation in Kurdistan bereits vor Jahren kritisch und reagierte mit einem politischen Vorstoss. Der Stadtrat lehnte die Idee ursprünglich ab, ging aber schliesslich auf den Kompromiss des Brückenschlags ein. Auch der Gemeinderat folgte diesem Kompromiss. Das Komitee veranstaltete im Verlauf der letzten Jahre immer wieder Aktivitäten und ging gemäss Aussagen des Stadtrats davon aus, dass es auf die politische Förderung der Exekutive zählen kann. Die Realität sah im konkreten Fall jeweils anders aus. Es hiess, die Summe von 10 000 Franken solle vom Gemeinderat über das Budget bewilligt werden. Dies führte zu Bettelgängen des Komitees. Wir nehmen diesen Antrag gerne noch einmal auf. Wir fragen uns aber, was noch geschehen muss, damit der Stadtrat selbst auf die Idee kommen wird, den Brückenschlag mit dieser kleinen Geldsumme auszustatten. Das jährliche Prozedere ist entwürdigend und zeugt von wenig Solidarität.



Markus Haselbach (Die Mitte): *Wir sind der Meinung, dass das Prozedere nicht umständlich sein sollte. Aber es gilt: Wenn die Stadt eine Institution finanziell unterstützt, dann muss ein Antrag eingereicht, geprüft und für gut beurteilt werden. Normalerweise hat ein Verein einen Vorstand, Mitglieder und Statuten, die die Stadt anschauen kann. In dieser Situation und ohne diese Voraussetzungen lehnt es die Minderheit ab, einen Unterstützungsbeitrag ins Budget zu nehmen.*

S. 148	15 1505 3636 00 898	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Übrige Betriebsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
013.	Antrag Stadtrat				652 000	Minderheit
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
				10 000	662 000	Mehrheit
						Tanja Maag (AL) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			Begründung: Beitrag Brückenschlag Diyarbakır			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 014.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Selina Walgis (Grüne): *Die Grünen beantragen die Verdopplung des Betrags für die humanitäre Hilfe im Ausland von einer Million auf zwei Millionen Franken. Humanitäre Hilfe ist notwendig bei unmittelbaren Krisen, Konflikten und Naturkatastrophen. Durch die humanitäre Hilfe werden Leben gerettet, Leid gelindert und die Rechte der Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, geschützt. Die humanitären Notlagen nehmen stark zu, das wird sich wohl nicht ändern. Durch die Klimakrise ist insbesondere im globalen Süden in den nächsten Jahrzehnten eine erhebliche Zunahme von Konflikten zu*



erwarten. Momentan sind rund 300 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Vielerorts fehlt es an den finanziellen Mitteln dafür. Das ist fatal, denn jedes Menschenleben zählt. Der Stadtrat soll darum im Jahr 2025 mehr Geld für humanitäre Hilfe sprechen können. Das können wir uns leisten.

Markus Haselbach (Die Mitte): *Mit Geld von diesem Konto wurden bisher qualitativ hochstehende Projekte von schweizerischen Nichtregierungsorganisation unterstützt, die dafür garantieren, dass die geleistete Hilfe die Menschen direkt erreicht. In diesem Jahr wich der Stadtrat teilweise von dieser Praxis ab. Aufgrund eines Vorstosses unterstützte er aus diesem Konto eine UNO-Organisation mit einer hohen Summe. Auf diesem Konto hat der Stadtrat eine Million Franken budgetiert. Im Vorjahr erhöhte es der Gemeinderat von 0,6 Millionen auf 1,5 Millionen Franken. Aufgrund der Vielzahl von humanitären Katastrophen – ausgelöst unter anderem durch Krieg, Bürgerkrieg, Korruption, Dürre, Überschwemmungen sowie die daraus resultierenden Hungersnöte, Vertreibungen, Obdachlosigkeit und Krankheiten – ist die Minderheit 2 der Meinung, dass die humanitäre Hilfe im Ausland auch in diesem Jahr wieder auf 1,5 Millionen Franken aufgestockt werden sollte. Wir würden es zudem begrüßen, wenn das Geld wieder hauptsächlich an hochstehende Projekte von Schweizer Nichtregierungsorganisation gehen würde, damit die grosse Sicherheit besteht, dass die Hilfe die Bedürftigen direkt erreicht.*

Pärparim Avdili (FDP): *Die humanitäre Hilfe ist eine wichtige und weiterhin zwingend einzuhaltende Schweizer Tradition. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass das eine Aufgabe des Bundes ist, wenn auch nicht in der Klarheit wie beispielsweise beim Folgeantrag, der Entwicklungshilfe. Bei der humanitären Hilfe braucht man als Kommune nicht besondere Kompetenzen, um zu verstehen, wohin das Geld geht. Letztlich ist es ein symbolischer Beitrag, ob es nun eine Million oder zwei Millionen Franken sind. Wir orientieren uns deshalb am Stadtrat. Mit diesem Beitrag lassen sich Projekte punktuell finanzieren. Auch die FDP zeigte mit Vorstössen auf, was konkret gemacht werden kann. Uns ist wichtig, dass das Geld wirksam eingesetzt wird und dass auf keinen Fall fragwürdige oder nicht neutrale Organisationen wie beispielsweise das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) finanziert werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Aus unserer Sicht könnten die gesamten Ausgaben hier gestrichen werden. Wir haben kein Vertrauen mehr in die Vergabepolitik der links-grünen Regierung. Wir befürchten, dass immer mehr linksradikale, dem Terror nahestehende Gruppierungen finanziert werden, anstatt dass echte humanitäre Hilfe gewährt wird. Echte humanitäre Hilfe betreibt das Rote Kreuz: neutral und unparteiisch. Das ist hier wahrscheinlich nicht gegeben. Dafür liefern die Links-Grünen beinahe im Wochentakt Beweise. Die Stadtpräsidentin finanziert die UNRWA, obwohl der Vorwurf der Parteilichkeit dieser Organisation im Schweizer Parlament diskutiert wird. Letzte Woche erlebten wir eine Entgleisung eines Kollegen, der die Neutralität der Schweiz als*



eingebürgerter Lokalpolitiker aufs Gröbste aufs Spiel gesetzt hat, indem er einen ausländischen Regierungschef anpöbelte und seine persönliche albanische oder kosovarische Fehde ins Parlament brachte. Das hat keinen Platz im Parlament.

Tanja Maag (AL): *Zürich befindet sich in einer guten finanziellen Position, die es ermöglicht, einen substanziellen Beitrag für die humanitäre Hilfe zu leisten. Das Budget 2024 wurde voll ausgeschöpft. Angesichts der unzähligen Krisenherde weltweit sind wir gerne bereit, den Budgetposten zu erhöhen. Ich bin überzeugt, dass auch die 380 000 Franken, dessen Aussprechen laut Markus Haselbach (Die Mitte) von der gängigen Praxis abgewichen ist, Menschen in Not erreicht haben.*

Florine Angele (GLP): *Für die GLP ist klar, dass die Stadt humanitäre Hilfe leisten soll. Auch wir sehen, dass es weltweit sehr viele Krisen gibt. In einem ersten Schritt würden wir mit Die Mitte/EVP gehen. Denn es ist schwer zu begreifen, wie sehr die Konflikte im Vergleich zum letzten Jahr zugenommen haben. Wenn der Antrag von Die Mitte/EVP wegfällt, haben wir Stimmfreigabe beschlossen.*

S. 148	15 1505 3638 00 100	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Humanitäre Hilfe im Ausland	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
014.	Antrag Stadtrat			1 000 000	Minderheit 1	Përparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
				1 000 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wies- mann (SP)
				500 000	Minderheit 2	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Mehrheit: Erhöhung der humanitären Hilfe angesichts der vielen Krisen weltweit Minderheit 2: Betrag wie Budget 2024			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit und den Antrag der Minderheit 2:

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(1 000 000)	33 Stimmen
Antrag Mehrheit	(2 000 000)	63 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(1 500 000)	<u>22 Stimmen</u>



8 / 38

Total	118 Stimmen
= absolutes Mehr	60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Persönliche Erklärung:

Anjushka Früh (SP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Johann Widmer (SVP) und zum politischen Anstand.

Antrag 015.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Florian Utz (SP): *Es geht hier um Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit, genauer gesagt um den Teuerungsausgleich, beziehungsweise um die Anpassung an die Steuerkraftentwicklung. Der Hintergrund ist ein Volksentscheid aus Jahr 2019. Mit 70 Prozent Zustimmung entschied das Volk, dass die Stadt 0,3 bis 1 Prozent der Steuereinnahmen in die Entwicklungszusammenarbeit investieren soll. Der Betrag lag ursprünglich bei acht Millionen Franken, was knapp 0,5 Prozent entsprach. Inzwischen sind die Steuereinnahmen deutlich angestiegen. Das bedeutet, dass die acht Millionen Franken nur noch 0,3 Prozent entsprechen, was knapp noch im rechtmässigen Bereich ist. Der prozentuale Anteil wäre damit deutlich gesunken. Im Sinne des Volksentscheids wollen wir eine Anpassung vornehmen, sodass der Betrag wieder knapp 0,5 Prozent entspricht. Man könnte eine weitergehende Erhöhung diskutieren. Wir haben uns jedoch im Rahmen des Budgets bewusst für eine Art Teuerungsausgleich entschieden. Eine allfällige Erhöhung würden wir ausserhalb des Budgets innerhalb eines Postulats diskutieren. Der Teuerungsausgleich um zwei Millionen Franken ist für die betroffenen Menschen sehr viel wert. Mit 70 Franken können Sie einem Menschen lebenslangen Zugang zu Wasser gewähren und somit eine sehr effektive Hilfe leisten.*

Markus Haselbach (Die Mitte): *Dieser Budgetposten beträgt seit dem Jahr 2020 acht Millionen Franken. Er wurde in den letzten Jahren nicht ganz ausgeschöpft. In der Rechnung 2021 wurden 6,7 Millionen Franken ausgewiesen. In den beiden Folgejahren waren es 6,8 Millionen und 6,9 Millionen Franken. Dieser Beitrag zugunsten von Entwicklungsländern wurde in einer Abstimmung im Jahr 2019 auf 0,3 bis 1 Prozent der*



Steuereinnahmen festgelegt. Es besteht daher ein grosser Ermessensspielraum. Weil der Beitrag aber seit dem Jahr 2020 acht Millionen Franken beträgt und die Steuereinnahmen deutlich zugenommen haben, ist die Minderheit 2 der Meinung, dass eine leichte Anpassung angemessen ist: um 12,5 Prozent von acht Millionen auf neun Millionen Franken.

Pärparim Avdili (FDP): Bei der Entwicklungshilfe handelt es sich um ein Gebiet, bei man sich die notwendigen Kompetenzen aneignen muss. Profis müssen ans Werk und die Zuständigkeiten sind dort geregelt, wo Aussenpolitik gemacht wird. Dort besteht das Know-how, es besteht ein Netzwerk und man ist aktiv. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) arbeitet an verschiedensten Projekten, bei denen der Bund richtigerweise aktiv ist. Dahinter steht die FDP im Grundsatz. Natürlich muss immer geprüft werden, wie viel an Geldern drin liegt. Obwohl wir der Meinung sind, dass es auf der kommunalen Ebene falsch ist, stellen wir keinen Streichungsantrag, denn wir werden die zugrunde liegende Volksabstimmung selbstverständlich respektieren. Sie gibt einen Spielraum von zwischen 0,3 und 1 Prozent vor. Uns erschliesst sich nicht, weshalb wir gegen den Antrag eures Stadtrats zusätzlich Gelder einstellen sollen. Mit acht Millionen Franken kann Zürich sehr viel machen. Es ist aber ineffizient, weil die Stadt dafür zusätzliche Ressourcen für Personelles verwendet, da man sich erst damit auseinandersetzen muss. Mir erschliesst sich nicht, weshalb die Fraktionen Die Mitte/EVP und GLP der Meinung sind, dass zusätzlich eine Million Franken gesprochen werden sollen.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Die Profis sind die beim Roten Kreuz. Ich fordere die Stadträtin auf, die acht Millionen oder zehn Millionen Franken sofort dem Roten Kreuz zu überweisen. Dort sind die Fachleute für humanitäre Hilfe. In der Stadt finden wir diese offenbar nicht. Es besteht die reale Gefahr – was auch die Entwicklungshilfegelder des Bundes immer wieder zeigen – dass das Geld in falsche Hände kommt. Ich warte auf den Skandal, dass ihr mit diesem Geld Despoten bezahlt habt.

Tanja Maag (AL): Die humanitäre Hilfe ist nicht das Gleiche wie die Entwicklungshilfe. Die humanitäre Hilfe ist das Sprechen von Geldern für Sofortmassnahmen in einer Krise. Die Entwicklungshilfe braucht eine längere Vorarbeit und der Mechanismus ist ein ganz anderer. Es sind verschiedene Vorgehensweisen mit Antragsstellungen. Die FDP ist diesem Sinne inkonsequent, wenn sie sagt, dass das eine Kompetenz des Bundes sei. So müsste sie den ganzen Betrag streichen. Den vorliegenden Antrag mit einer Erhöhung um zehn Millionen Franken halten wir für moderat. Theoretisch kann man noch viel höher gehen, wozu wir bereit wären. Wir gehen davon aus, dass jeder Einsatz mit sinnvollen Projekten dazu führt, dass Menschen vor Ort gestärkt werden können, was im Interesse von uns allen sein sollte.



Florine Angele (GLP): Wer die Budgetdebatte in Bern mitverfolgte, weiss, dass die GLP sich klar gegen die Kürzung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzt. Nach der Abstimmung im Jahr 2019, bei der sich die Bevölkerung sehr deutlich für die Beiträge ausgesprochen hat, und bei den angestiegenen Steuereinnahmen ist für uns klar, dass der Beitrag leicht erhöht werden muss. Es ist aber auch kein Geheimnis, dass wir für eine Reduktion der Steuern wären. Somit ist das ein schöner Mittelweg. In der ersten Runde gehen wir mit der Die Mitte/EVP. Wenn dieser Antrag keine Mehrheit findet, haben wir wieder eine Stimmfreigabe.

Selina Walgis (Grüne): Wenn es darum geht, Menschenrechte zu schützen, nimmt nicht nur die humanitäre Hilfe eine zentrale Rolle ein, sondern auch die Entwicklungszusammenarbeit. Durch sie gibt es längerfristige Projekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wasserversorgung. Sie ist ein wichtiges Pendant zur humanitären Hilfe, weil sie auch präventiv wirken kann. Die Entwicklungszusammenarbeit ist eine zentrale Investition in die weltweite Armutsbekämpfung und in den Frieden. Wir sehen die Erhöhung auf zehn Millionen Franken als moderat. In Zukunft müssen wir über eine zusätzliche Erhöhung sprechen.

S. 148	15 1505 3638 00 101	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
015.	Antrag Stadtrat			2 000 000	10 000 000	Minderheit 1 Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
				1 000 000	9 000 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)
			Begründung:		Minderheit 2	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP)
						Mehrheit: Anpassung an die Entwicklung des Steuerertrags (im Sinne des Volksentscheids vom 17. November 2019) Minderheit 2: massvolle Anpassung

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit und den Antrag der Minderheit 2:



11 / 38

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(8 000 000)	35 Stimmen
Antrag Mehrheit	(10 000 000)	63 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(9 000 000)	<u>22 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 016.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Sophie Blaser (AL): Die Beratungsanfragen bei der Fachstelle für Gleichstellung sind insgesamt gestiegen. Der Bereich, in dem die Anfragen gesunken sind, sind Anfragen von Departementsabteilungen zum Umgang mit dem aktuell gültigen Sprachreglement. Das scheint also etabliert zu sein. Die Fachstelle für Gleichstellung hat bis im November 2024 bereits über einen Viertel mehr Anfragen im Bereich der sexuellen und sexistischen Belästigung verzeichnet im Vergleich zum letzten Jahr. Um dem Anstieg gerecht zu werden, brauchen sie mehr Personal und somit mehr Mittel. Der zusätzlich benötigte Betrag liegt zwischen 75 000 Franken und 150 000 Franken. Wir gehen davon aus, dass die Beratungsanfragen auch in Zukunft ansteigen werden – der bisherige Anstieg um einen Viertel ist sehr hoch. Das Thema sexuelle und sexualisierte Belästigung wird zunehmend enttabuisiert. Die Anfragen werden weiterhin ansteigen, weil das Bewusstsein steigt, dass man sich beraten lassen kann und dass man es sich nicht gefallen lassen muss. Wir finden es deshalb richtig, den Betrag um 150 000 Franken zu erhöhen, um mit mehr Personalressourcen den Anfragen und Beratungen gerecht zu werden.

Sven Sobernheim (GLP): Die Fachstelle sagte, dass 0,5 Stellen ausreichen und eine Stelle wünschenswert wäre. Wir orientieren uns an dem, was sie braucht und nicht an dem, was sie wünscht.

Markus Haselbach (Die Mitte): Das Lohnkonto der Fachstelle für Gleichstellung ist im Budget 2025 im Vergleich zum Budget 2024 um 300 000 Franken oder 27,3 Prozent erhöht. Begründet wird das mit einem höheren Personalaufwand aufgrund von zusätzlichen Stellen, um die steigenden Anforderungen an administrativen, strategischen und projektbezogenen Aufgaben und Anfragen zu bewältigen. Die Fachstelle braucht



mehr Personal, was im Budget grosszügig berücksichtigt ist. Darum ist die Minderheit 1 der Meinung, dass das Budget nicht weiter aufgestockt werden soll.

Weitere Wortmeldung:

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne): Sexuelle und sexistische Belästigung ist leider Alltag. Sie wird trotzdem noch immer banalisiert und nicht genügend ernst genommen, auch wenn das Bewusstsein glücklicherweise steigt. Die Formen von sexueller und sexistischer Belästigung sind sehr vielfältig. Es können sexistische Sprüche und Witze, zweideutige Anspielungen, Verbreitung von Nacktfotos oder Filmen ohne Einverständnis, Versprechen von Vorteilen bei Einwilligung zu sexuellen Handlungen sowie Drohungen von Nachteilen beim Abweisen dieser Handlungen sein. Es sind unerwünschte Berührungen, sexuelle Übergriffe bis hin zu Vergewaltigungen. Sexuelle Belästigung ist immer von einer Seite unerwünscht. Es handelt sich klar um einen Übergriff und ist oft Ausdruck von Macht. Eine Studie des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) aus dem Jahr 2022 besagt, dass die Hälfte der Befragten im Lauf ihres Berufslebens mindestens einmal von sexueller Belästigung betroffen war. Das sind massive Zahlen. Grundsätzlich können alle von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz betroffen sein. Die Studie zeigt aber deutlich, dass insbesondere schwächer positionierte Personen vermehrt sexuell und sexistisch grenzüberschreitendes Verhalten erfahren haben. Das sind beispielsweise jüngere Mitarbeitende, Lernende oder Aushilfen. Die Studie zeigt auch klar, dass hauptsächlich Frauen und Personen mit Mehrfachdiskriminierungen häufig von sexueller Belästigung betroffen sind. Ein signifikanter Anstieg findet in der Beratung im Bereich von sexueller und sexistischer Belästigung statt. Das hat mit der gestiegenen Sensibilisierung zu tun. Die Betroffenen wissen, dass sie ein Recht auf Unterstützung haben. Sie wissen, dass es das Angebot gibt und sie nutzen es. Die Fachstelle für Gleichstellung betreibt eine sehr wichtige und gute Arbeit. Sie soll für diese Arbeit zusätzliche personelle Ressourcen erhalten. So können die Betroffenen weiterhin adäquat unterstützt werden.

S. 150		15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT			
		1506	Fachstelle für Gleichstellung			
		3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
016.	Antrag Stadtrat				1 379 700	Minderheit 1 Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
				150 000	1 529 700	Mehrheit Tanja Maag (AL) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)



75 000 1 454 700 Minderheit 2 Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat

Begründung: Mehrheit: Die Fachstelle für Gleichstellung weist einen signifikanten Anstieg an Anfragen zu sexueller und sexistischer Belästigung auf. Die Anfragen haben sowohl seitens Unternehmen als auch seitens städtischer Dienstabteilungen zugenommen. Entsprechende zusätzliche personelle Ressourcen stellen die Beratungen und Vermittlungen in diesem Bereich sicher.
Minderheit 2: Es ist unbestritten, dass die Fachstelle für Gleichstellung einen signifikanten Anstieg an Anfragen zu sexueller und sexistischer Belästigung hat. Gemäss Rückmeldung der Verwaltung genügt dafür eine halbe neue Stelle.

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit und den Antrag der Minderheit 2:

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(1 379 700)	42 Stimmen
Antrag Mehrheit	(1 529 700)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(1 454 700)	<u>14 Stimmen</u>
Total		118 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

2. Abstimmung zur Ermittlung des Quorums gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 63 Stimmen zugestimmt. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 017.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die Fachstelle für Gleichstellung passt gut zur Weihnachtszeit. Wie eine Weihnachtsüberraschung überrascht sie uns jedes Jahr mit neuen Gebieten, um die sie sich kümmern will. Es sind Gebiete, die bereits von anderen städtischen oder kantonalen Stellen bearbeitet werden. Im Speziellen sind es Gebiete, die bereits von kantonalen Fachstellen abgedeckt sind. Beide Fachstellen richten sich an



die gleiche Zielgruppe mit den gleichen Themen. Das führt zu parallelen Ansätzen und Angeboten. Die Themen der städtischen Fachstelle überschneiden sich nicht nur mit der kantonalen Fachstelle, sondern auch mit ganz vielen anderen Anlauf- und Fachstellen, beispielsweise beim Thema Diskriminierung und Diversität. Es gibt diverse andere Stellen, die diese Themen bearbeiten: die Stelle für Diversity Management, die Ombudsstelle der Stadt Zürich und diverse Stellen, die sich spezifisch um die Diskriminierung von einzelnen Gruppen kümmern. Es gibt die Zürcher Anlaufstelle für Rassismus, die Fachstelle für Mobbing und Belästigung, es gibt Online-Beratungsangebote, diverse Leitfäden und Merkblätter. Auch das Bildungsdepartement und die Stadtpolizei beschäftigen sich mit diesen Themen. Es ist aber nicht das einzige Thema, das sich mit anderen Stellen überschneidet. Ein absurdes Beispiel entdeckte Martina Zürcher (FDP) auf einer Werbung im Bus. ««Ich bin 50 Prozent erwerbstätig, die restliche Zeit betreue ich unsere Kinder. Worauf sollte ich achten, wenn es um meine Rente geht?» Wir beraten sie gerne kostenlos und vertraulich. Fachstelle für Gleichstellung.» Die Vorsorgeberatung ist weder Auftrag noch Aufgabe der Fachstelle für Gleichstellung. Auch bei weiteren Themen gibt es Überschneidungen. Für die FDP-Fraktion ist es wichtig, solche Doppelspurigkeiten zu vermeiden und abzubauen. Die Fachstelle soll sich auf ihren Grundauftrag konzentrieren und sich nicht stets neue Daseinsberechtigungen beschaffen. Wir wollen darum keine Erhöhung der Ressourcen im Vergleich zum Vorjahr.

Johann Widmer (SVP): Die Stadt unterhält ein Büro für Gleichstellung, weil sie immer noch der Annahme ist, dass Gleichstellung mit einer solchen Stelle und mit viel Geld erreicht werden kann. Was hat sich in der Familie tatsächlich verbessert? Kaum etwas. Es gibt nur feministisches Schreien. Sogar in diesem Budget stellt ihr Geld für Frauenprojekte ein. Wo sind die Männer? Müsste das Büro für Gleichstellung nicht einschreiten? Die gegenseitige Achtung wird behindert, weil niemand etwas mit kämpferischen Frauen zu tun haben will. Alles, was Sie mit solchen Gleichstellungsideen erreichen, ist eine Verhärtung der Geschlechterpositionen in der Gesellschaft. Es wäre besser, das Ganze abzuschaffen. Die weniger sinnvollen Anliegen, die ein solches Büro behandeln soll, kann der Kanton übernehmen.

Markus Haselbach (Die Mitte): Das Lohnkonto der Fachstelle für Gleichstellung nahm stark zu: um 27,3 Prozent. Die Minderheit 3, die Fraktion Die Mitte/EVP, ist der Meinung, dass das übertrieben ist. Vertretbar finden wir eine Aufstockung um eine Stelle plus Lohnmassnahmen. Darum wollen wir den budgetierten Betrag um 129 000 Franken kürzen. Dann bleibt immer noch eine beträchtliche Zunahme um 15,4 Prozent.

Leah Heuri (SP): Die Diskussion über die Zukunft der Fachstelle für Gleichstellung in der Stadt ist wichtig, damit ihre wertvolle Arbeit anerkannt und weitergeführt werden kann. Die Kritik an der Fachstelle übersieht oft, wie relevant ihre Aufgaben sind und welche Herausforderungen in der Gesellschaft bestehen. Zum Antrag der SVP: Das Präsidialdepartement hat in einer Rückmeldung zum Antrag erwähnt, dass man die Fachstelle für Gleichstellung aus rechtlicher Sicht nicht schliessen kann. Das



internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau, die Bundesverfassung und die städtische Volksabstimmung vom 24. September 1989 verpflichten die Stadt Zürich, die Gleichstellung von Personen auf jeder Ebene zu fördern. Die Argumentation der FDP, die Doppelspurigkeit zwischen verschiedenen Fachstellen anzusprechen, ist nachvollziehbar und verdient eine sachliche Diskussion. Als grösste Stadt des Kantons trägt die Stadt eine besondere Verantwortung, die Gleichstellungsarbeit lokal voranzutreiben. Eine kantonale Fachstelle kann nicht automatisch die lokalen Gegebenheiten und Herausforderungen jeder Gemeinde – insbesondere die einer Grossstadt wie Zürich – gleich gut adressieren. Bei diesem Thema muss betont werden, dass die städtische und kantonale Fachstelle sowie die von Yasmine Bourgeois (FDP) aufgezählten Stellen nicht als Konkurrentinnen, sondern als sich ergänzende Fachstellen betrachtet werden sollen. Die kantonale Fachstelle und alle anderen haben bereits viele Aufgaben. Wenn sie die bisher von der Stadt übernommenen Aufgaben übernehmen müssten, kann das zu einer Überlastung führen und die zusätzlichen Aufgaben können mit den bestehenden Ressourcen nicht gewährleistet werden. Wenn tatsächlich Doppelspurigkeiten vermeiden werden sollten, wäre es zielführender, eine klare und sinnvolle Aufgabenabgrenzung zwischen Stadt, Kanton und den anderen Stellen zu fördern anstelle eines Abbaus. Es wäre keine Lösung, diese Verantwortung an eine übergeordnete oder andere Stelle abzuschieben, ohne sicherstellen, dass sie diese Aufgaben übernehmen können. Zum Antrag der Minderheit 3. Die Fachstelle für die Gleichstellung ist nicht nur notwendig, sondern auch unverzichtbar. Sie setzt sich engagiert für die Bewältigung grundlegender gesellschaftlicher Herausforderungen ein. Dazu gehören Gewalt, Diskriminierung, Lohnungleichheit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Statt die beantragten Stellen zu kürzen, sollten wir ihre wichtige Arbeit anerkennen und ihr die notwendige Unterstützung ohne Kürzungen geben, damit sie ihren Auftrag für eine gerechte Gesellschaft in der Stadt weiterhin erfolgreich erfüllen kann.

Weitere Wortmeldungen:

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Für die Grüne-Fraktion ist klar, dass die Fachstelle für die Gleichstellung weiterhin genügend Ressourcen braucht. Die Fachstelle übernimmt eine wichtige Aufgabe zur Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung aller Geschlechtern, also übrigens auch von Männern. Es gibt diverse Massnahmen, die spezifisch Männer ansprechen. Ebenfalls spezifisch werden in der Stadt LGBTIQ-Personen angesprochen, was der Kanton nicht macht. Die Fachstelle für Gleichstellung leistet sehr kompetente Arbeit, ist sehr wertvoll und muss diese Arbeit weiterhin leisten können. Die Gleichstellung ist noch lange nicht erreicht. Fehlende Gleichstellung ist beispielsweise auch die Ursache für geschlechtsspezifische Gewalt, weil Gewalt eng mit Macht und Ungleichheit verknüpft ist. Das heisst, dass die Fachstelle für Gleichstellung indirekt auch Gewaltprävention leistet, was äusserst wichtig ist. Das Thema Gleichstellung muss umfassend angeschaut werden. Es macht daher keinen Sinn, mit Doppelspurigkeiten zu argumentieren, weil es den umfassenden Blick an einen spezifischen Ort



braucht. Es braucht noch mehr Einsatz für die Gleichstellung und somit für eine diskriminierungs- und gewaltfreie Gesellschaft. Die Fachstelle übernimmt in der Stadt eine zentrale Aufgabe und ist weiterhin äusserst wichtig.

Yasmine Bourgeois (FDP): *Leah Heuri (SP) sagte, dass die städtische Fachstelle sich etwas besser mit den stadtspezifischen Sachen auskennt. Ich will darauf hinweisen, dass die kantonale Fachstelle ebenfalls in der Stadt angesiedelt ist.*

Sophie Blasier (AL): *Die Fachstelle für Gleichstellung ist durch die Volksabstimmung vom 24. September 1989 legitimiert, bei der eine Zweidrittelsmehrheit zugestimmt hat. Bei diesen drei Anträgen sieht man in Abstufung, wie viel Ihnen der Auftrag des Volks und die Gleichstellung wert sind. Wir sind gegen die Schliessung der Fachstelle, wie es die SVP jedes Jahr erträumt. Wir sind auch gegen jede andere Streichung. Dass die SVP von Doppelspurigkeit spricht, was es nicht gibt, ist bezeichnend. Weder die kantonale noch die städtische Fachstelle ist so ausgerüstet, dass sie die Zeit haben, Leute doppelt zu beraten. Auch führen sie nicht parallel die gleichen Projekte durch. Sie triagieren und verweisen aufeinander. Jegliche Angriffe auf die Fachstelle für Gleichstellung und ihre wichtige Arbeit gilt es abzulehnen. Die Arbeit der Fachstelle und auch die Arbeit von vielen privaten Organisationen, Vereinen und Einzelpersonen trägt Früchte und führt dazu, dass immer mehr Enttabuisierung stattfindet und dass die Gleichstellung in allen Bereichen ein Thema ist. Unsere Debatte zeigt, dass da noch viel Potenzial ist und dass wir die Fachstelle noch nicht schliessen sollten.*

Stefan Urech (SVP): *Mich erstaunt die Argumentation, dass die Fachstelle für Gleichstellung machen kann, was sie will: Sie hat in euren Augen immer Erfolg. Wenn sexuelle Belästigungen abnehmen würden und die Gleichstellung gefördert wird, dann wäre das ein Erfolg. Wenn man nun eine Zunahme der Meldungen sieht, nennt ihr das auch einen Erfolg, weil die Sensibilisierung und Enttabuisierung des Themas gefördert wurden. Egal was herauskommt, es ist immer ein Erfolg und die Fachstelle kann in ihren Augen nur gewinnen. Es sollen zusätzliche Ressourcen gesprochen werden, weil sie wegen der Anfragen am Anschlag sind. Wenn man aber das Jahresheft der Fachstelle liest, dann sieht man, welche Aufgaben diese Fachstelle übernimmt. Beispielsweise eine aufwendige, lange Bücherliste für Kinder und Jugendliche, in der es um vielfältige Geschlechterrollen geht. Sie durchsucht auch Strassennamen und erstellt Video-Portraits von Frauen, die in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt haben. Das alles kann man machen, aber es ist ein «Nice to have». Wenn man diese Ressourcen für die Anfragen brauchen würde, dann hätte die Fachstelle mehr als genügend Ressourcen.*



17 / 38

S. 150	15 1506 3010 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
017.	Antrag Stadtrat			1 379 700	Mehrheit
			779 700	600 000	Minderheit 1
			1 000 000	379 700	Minderheit 2
			129 300	1 250 400	Minderheit 3
		Begründung:	Minderheit 1: Abbau von Doppelspurigkeiten mit der kantonalen Fachstelle für Gleichstellung und Konzentration auf den Grundauftrag sowie keine Erhöhung der Ressourcen im Vergleich zum Vorjahr Minderheit 2: Die Fachstelle für Gleichstellung ist sofort zu schliessen. 1,5 Millionen Franken im Budget sollten genügen, um die Stelle zu schliessen. Minderheit 3: Erhöhung gegenüber Budget 2024 nur um eine Stelle inkl. Teuerung (wie z. B. Lohnmassnahmen)		

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(1 379 700)	75 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(600 000)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(379 700)	13 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(1 250 400)	<u>8 Stimmen</u>
Total		118 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.



Antrag 018.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Sobernheim (GLP): *Im Budget 2024 hat der Gemeinderat eine Stelle gegen Antisemitismus bei der Fachstelle für Gleichstellung gefordert und geschaffen. Diese Stelle wurde noch immer nicht ausgeschrieben und auch nicht besetzt. Das ist so, weil die Stadtpräsidentin sie lieber in der Stadtentwicklung ansiedeln will. Dafür soll der Bereich Integrationsförderung umbenannt werden, damit der Antisemitismus in der Integrationsförderung Platz findet. Eine Mehrheit des Gemeinderats will mit diesem Antrag betonen, dass die Wahl, die Stelle innerhalb der Fachstelle für Gleichstellung anzusiedeln, sehr bewusst erfolgt ist. Die Stelle soll endlich an diesem Ort ausgeschrieben werden. Am Termin für die Ausschreibung im März 2025 ist die Mehrheit interessiert.*

Johann Widmer (SVP): *Die Stadtpräsidentin macht etwas richtig und alle sind gegen sie. Wir gehen mit dem Stadtrat; wir finden das ist richtig. Antisemitismus ist in dieser Stadt nicht geduldet. Es ist schade, dass wir einzige Partei sind, die sich dazu bekennt. Aber dass es dafür eine neue Stelle braucht, ist typisch grün-linke Politik: Wenn man ein Problem hat, braucht es eine neue Stelle. Glauben Sie, damit sei das Problem gelöst? Nein, das Problem ist nicht gelöst. Der Antisemitismus ist leider auch in dieser Stadt auf dem Vormarsch. Das ist besorgniserregend. Aber eine neue Stelle nützt nichts. Es sollten besser mehr Polizisten angestellt werden. Vor allem braucht es auch im Tiefbauamt mehr Ressourcen für das Reinigungspersonal, um antisemitische Zeichen zu entfernen.*

Weitere Wortmeldung:

Jehuda Spielman (FDP): *Was ich hier sage, ist meistens meine persönliche Meinung. Was ich jetzt sage, ist nicht nur meine Meinung, sondern auch explizit die Meinung der vier jüdischen Gemeinden in der Stadt. Die Gemeinden sind nicht sehr euphorisch gegenüber der Idee, eine neue Stelle zu schaffen, weil es bei einer solchen Stelle immer darauf ankommt, welche Person angestellt wird. Das ist der Schlüssel zum Erfolg. In diesem Fall ist noch nicht klar, welche Person angestellt wird. Für die jüdischen Gemeinden ist es wichtig, dass die Ausschreibung so gemacht wird, dass eine Person angestellt wird, die von der jüdischen Gemeinde unterstützt wird und bei der man das Gefühl hat, dass sie die verschiedenen Meinungen aus der Gemeinde und die verschiedenen Aspekte des Antisemitismus verstehen kann. Ein schönes Herz und ein guter Mensch reichen nicht aus; es gibt ein gewisses Wissen, das man braucht, um eine solche koordinierende Stelle effektiv ausführen zu können. Das muss bei der Ausschreibung berücksichtigt werden und natürlich auch bei der Anstellung und der Gestaltung der Stelle. Die FDP stimmt dem Antrag zu. Mir ist aber wichtig zu betonen, dass man bei der Ausschreibung und Anstellung sehr kritisch hinschauen muss.*



Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Wir haben das Signal des Antrags, dass es vorwärts gehen soll, gehört und verstanden und wir haben grosses Verständnis dafür. Die Arbeiten am Postulat sind praktisch abgeschlossen und wir stehen kurz vor der Ausschreibung der Stelle. Was jetzt noch aussteht ist ein weiterer Austausch mit den jüdischen Gemeinden und Dachverbänden. Dieser ist wichtig und wir haben ihn den jüdischen Gemeinden und Dachverbänden zugesichert. Ich möchte erläutern, wie wir vorgegangen sind und wieso die sorgfältige Prüfung des Postulats eine gewisse Zeit in Anspruch genommen hat. Einerseits wollen wir das Ziel in Abstimmung mit laufenden Bestrebungen auf der kantonalen und nationalen Ebene erreichen. Andererseits gilt es, ein passendes Aufgabenpaket zu schnüren, das bestehende Angebote nicht konkurrenziert, sondern eine sinnvolle Ergänzung zu diesen Angeboten ist. Das wurde auch von den jüdischen Gemeinden und ihren Dachverbänden explizit so gewünscht. Sie haben mit dem Postulat dem Stadtrat den Auftrag erteilt, in der Stadtverwaltung eine Stelle zu schaffen, um den Antisemitismus in der Stadt noch wirksamer bekämpfen zu können. Dabei haben Sie richtigerweise gefordert, dass dies in enger Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden und ihren Dachverbänden erfolgt. Als erstes machten wir eine Auslegeordnung zu den bestehenden Angeboten und Stellen im Bereich der Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus, sowohl innerhalb der Stadtverwaltung wie auch extern. Die Analyse zeigte, dass es bereits viele Akteurinnen und Akteure sowie Angebote in diesem Bereich gibt. Anschliessend tauschten wir uns mit den vier jüdischen Gemeinden und ihren zwei Dachverbänden aus. Auf dieser Grundlage führten wir verschiedene Abklärungsgespräche mit relevanten Stellen und Akteur*innen durch. Dazu gehören die nationale Fachstelle für Rassismusbekämpfung, verschiedene Behörden des Kantons, die Pädagogische Hochschule Zürich und andere Stellen aus dem Bildungsbereich sowie diverse Anbietende. Als Ergebnis dieser breiten Abklärung ist jetzt die Schaffung dieser Stelle bei der Stadtentwicklung im Fachbereich Integrationsförderung vorgesehen. Darauf gekommen sind wir vor dem Hintergrund, dass das Kompetenz- und Koordinationszentrum für Rassismus-Fragen dort ist und gemäss städtischem Verständnis hat die Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus enge Bezüge zu dieser Arbeit. In diesem Zusammenhang wird der Name der heutigen Integrationsförderung geändert. Die jüdischen Gemeinden und andere Gruppierungen haben uns mitgeteilt, dass der Name Integrationsförderung nachvollziehbarerweise nicht passend ist für Mitbürger*innen, die von Antisemitismus oder Rassismus betroffen sind. Das Budget für diese Stelle soll deshalb übertragen werden. Ein Ergebnis der zahlreichen Gespräche ist, dass die Stelle den Fokus auf die interne Beratung, die Sensibilisierung und Koordination sowie die Umsetzung und Weiterentwicklung der städtischen Massnahmen gegen den Antisemitismus legen soll. Das steht vor dem Hintergrund, dass es keine Konkurrenz zu bestehenden Angeboten geben soll. Wir werden diesen Vorschlag im Januar den jüdischen Gemeinden und Dachverbänden präsentieren. Anschliessend soll die Stelle ausgeschrieben werden. Den von Jehuda Spielman (FDP) angesprochenen Punkt, dass es jemand sein soll, der den Hintergrund und die Kenntnis mitbringt, unterstütze ich persönlich sehr. Die*



Prüfung nahm eine gewisse Zeit in Anspruch. Wir sind aber überzeugt, dass wir mit unserem Vorschlag eine solide und breit abgestimmte Lösung gefunden haben, die den verschiedenen Ansprüchen an die Stelle Rechnung trägt. Mit dieser Stelle werden wir das Engagement der Stadt gegen den Antisemitismus weiter stärken können. Wie wichtig das Engagement ist, unterstreichen jüngste Vorkommnisse. Am Wochenende gab es in Wiedikon offenbar mehrere Angriffe auf erkennbar jüdische Menschen. Gegen solche Vorkommnisse müssen wir sehr klar und entschieden eintreten. Das machten wir in der Vergangenheit und das wollen und müssen wir auch in Zukunft machen.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): *Die Stadtpräsidentin sprach von der komplexen Ausgangslage und der langen Auslegeordnung. Diese Auslegeordnung wäre ganz einfach. Es gibt viele jüdische Mitbürger, die am Samstag, wenn die Pro-Palästinenser-Demonstration durch die Stadt zieht, nicht mehr in die Innenstadt können. Was sagen Sie, wenn an den Demonstrationen Sprüche wie «From the River to the Sea» gerufen werden? Das letzte Mal, als diese Sprüche gefallen sind, ging ich zum Einsatzwagen, klopfte an die Scheibe und sagte, dass hier indirekt die Auslöschung des jüdischen Staats gefordert wird. Was sagte die Polizei als Vertreter des Staats dazu? Sie haben mit den Schultern gezuckt und liessen die Demonstranten gewähren. Wenn sie an einer Synagoge vorbeiziehen, schreien sie aggressiv in die Megafone und wollen damit die jüdischen Mitbürger in den Synagogen einschüchtern. Die Auslegeordnung ist nicht komplex. Wir haben einen offenen Antisemitismus, der an Demonstrationen gezeigt wird und dazu sagen Sie nichts. Es braucht keinen Staatsangestellten im verschlossenen Büro, wenn auf der Strasse die Auslöschung des jüdischen Staats gefordert wird.*

Sven Sobernheim (GLP): *Ich möchte darauf hinweisen, dass das ständige Wiederholen von Beleidigungen sie gesellschaftlich nicht akzeptabler macht und ihre Häufigkeit nicht verringert.*

Stefan Urech (SVP): *In der Rede der Stadtpräsidentin klingt alles wunderbar. Ich hörte sie bereits vor einem Jahr und ich kaufe sie Ihnen nicht mehr ab. Denn immer dann, wenn es zu einem antisemitischen Vorfall in einer Institution kommt, die Sie unterstützen, subventionieren und es darum gehen würde, aktiv Stellung zu beziehen, auch wenn das politisch nicht sehr attraktiv ist und gegen Ihre Klientel geht, dann schweigen Sie. Ein Beispiel ist der Vorfall bei der Roten Fabrik. Im Tages-Anzeiger muss ich lesen, dass die Stadtpräsidentin den Intifada-Slogan auf den T-Shirts nicht kommentieren will und auf die Meinungs- und Informationsfreiheit verweist. Das sind Momente, in denen ich denke, dass es lediglich Lippenbekenntnisse sind, die ich hier höre. Wenn es darum geht, bei der Zentralwäscherei, der Roten Fabrik und den erwähnten Demonstrationen hinzustehen und Stellung beziehen, dann schweigen Sie. Das ist entlarvend und beweist, dass Sie keine solche Person einstellen sollten.*



21 / 38

S. 150	15 1506 3091 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Personalwerbung	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
018.	Antrag Stadtrat				1 000 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
				10 000	11 000 Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			Begründung: Antisemitismus-Stelle in der Fachstelle für Gleichstellung endlich ausschreiben			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 019.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Haselbach (Die Mitte): Dieses Lohnkonto hat im Budget 2025 um 622 500 Franken oder um 9,5 Prozent zugenommen. Der Mehraufwand wird hauptsächlich so begründet: die Umsetzung des Kulturleitbilds, die Umsetzung der Motion GR Nr. 2025/96 sowie zusätzliche Stellen zur Aufrechterhaltung des Status quo wegen der kontinuierlich gestiegenen Anforderungen im Aufgabenportfolio. Auf unsere Fragen kamen folgende Erläuterungen. Die gestiegenen Anforderungen im bisherigen Aufgabenportfolio und die Notwendigkeit für zwei zusätzliche Stellen ab dem Jahr 2025 begründen sich hauptsächlich durch folgende Einflussfaktoren: die quantitative Erhöhung bei Fördergesuchen, subventionierten Institutionen und Anträgen, die erhöhten Anforderungen an die Dokumentation, die Berichterstattung und das Rechnungswesen innerhalb der Verwaltung wie auch erhöhte Anforderungen der Politik und erhöhte Ansprüche aus dem Kulturbereich. Die Minderheit stört sich daran, dass die Aufrechterhaltung des Status quo zwei zusätzliche Stellen beanspruchen soll. Wir sind der Meinung, dass er



mit der bisherigen Anzahl Mitarbeiter*innen bewältigt werden soll und auch dass die Anforderungen im Aufgabenportfolio nicht kontinuierlich gesteigert werden sollten. Denn das erhöht sowohl den Aufwand bei der Dienstabteilung Kultur wie auch bei den Kulturinstitutionen, die immer aufwendigere Gesuche stellen müssen, um finanzielle Unterstützung zu erhalten. Die Minderheit beantragt deshalb die Reduktion um die zwei Stellen.

Tanja Maag (AL): Die Kolleg*innen von Die Mitte/EVP haben das Kulturleitbild 2024–2027 zur Kenntnis genommen und dann wohl deshalb die 0,3 Stellen zur Umsetzung des Kulturleitbilds gutgeheissen. Damit aber Fördergesuche und Subventionsthemen zeitnah bearbeitet werden können, braucht es mehr als diese 0,3 Stellen: Es braucht 2,3 Stellen, denn das eine lässt sich nicht vom anderen trennen. Das Leitbild beinhaltet die Handlungsachse «faire Arbeitsbedingungen im Kulturbereich». Eine Definition einer angemessenen Vergütung und Verbesserung der heute unbefriedigenden Situation rund um die Entschädigung von künstlerischen Leistungen soll in Zusammenarbeit mit den geförderten Institutionen erarbeitet werden. Das wäre mehr als der Status quo, was wir begrüssen. Das benötigt Ressourcen, was die Dienstabteilung Kultur einplante. Mir ist nicht bekannt, dass die Gesuche aufwendiger sein sollten. Beim Personalaufwand kam es zu einem Anstieg zwischen der Rechnung 2023 und dem jetzigen Budget. Aber im Vergleich zum letztjährigen Budget ist das moderat. Es war ausserdem das erste Jahr, in dem mit dem neuen Kulturleitbild gearbeitet wurde.

S. 152	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1510	Kultur				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
019.	Antrag Stadtrat				7 161 800	Mehrheit
						Tanja Maag (AL) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			289 000		6 872 800	Minderheit
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdijii (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Aufrechterhaltung des Status Quo ohne zusätzliche Stellen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 020.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die FDP ist der Meinung, dass die Theater bereits genügend belastet sind. Sie brauchen keine zusätzlichen Auflagen oder Beratungen durch Diversitätsbeauftragte. Das leisten sie bereits selbst. Wichtiger wäre es, dass die Stadt mehr finanzielle Kompetenz zeigen würde, um die Kosten an den Theatern besser zu managen und die Steuerzahler nicht noch mehr zu belasten. Wenn sie ein Theater für ein breites Publikum zulassen, dann sind die Theater mehr ausgelastet und dann gewinnen sie automatisch ein diverses Publikum und haben volle Kassen.

Markus Haselbach (Die Mitte): Eine der vier Handlungsachsen im Kulturleitbild dient dem Erreichen des Ziels «Ausbau der kulturellen Teilhabe». In den vergangenen Jahren fanden im Kulturbereich intensive Auseinandersetzungen mit den Themen Teilhabe und Diversität statt. Im Mittelpunkt stehen Sensibilisierungsprozesse und der Aufbau von Verständnis und Kompetenzen. Auch wenn die Anliegen der Teilhabe und der Diversität im Kulturbereich allgegenwärtig sind, konnten bisher nur punktuell konkrete Fortschritte erreicht werden. Es zeigte sich, dass eine nachhaltige Stärkung der kulturellen Teilhabe entsprechende Kompetenzen und explizit dafür vorgesehene Ressourcen braucht. Mit den Fördermassnahmen zum Ausbau der kulturellen Teilhabe sollen diese Erkenntnisse umgesetzt werden. Die Stadt unterstützt Kulturinstitute mit Transformationsbeiträgen zur Stärkung der kulturellen Teilhabe. Bei der Umsetzung der Transformationsvorhaben werden Kulturinstitute von einer Fachperson mit Expertise und Kompetenzen in den Bereichen Organisationsentwicklung, Kultur und Teilhabe begleitet. Das Förderprogramm endet spätestens Ende 2028 oder sobald die Mittel von zwei Millionen Franken ausgeschöpft sind. Die Kosten für die externen Fachpersonen sind in den beantragten Ausgaben enthalten. Die Fördermassnahmen können mit dem bestehenden Stellenetat umgesetzt werden.

S. 152	15 1510 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			Stimmen	
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		
020.	Antrag Stadtrat			7 161 800	Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		100 000		7 061 800	Minderheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)



Enthaltung Präsidium Sven Sobernheim (GLP)

Begründung: Streichung der Ressourcen für Diversitätsbeauftragte

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 021.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): *Noch eine Stelle und noch eine Stelle und noch eine Stelle. Sieben Millionen Franken gibt die Stadt für Kultur aus – für Staatskunst. Das ist keine Staatsaufgabe. Angesichts der vielen Staatsaufgaben und künftigen Ausgaben sollten wir hier anfangen zu sparen. Das ist ein exemplarischer Antrag, mit dem ich aufzeigen will, wo der Sparhebel angesetzt werden muss, ohne dass die Leistung für den Bürger geschmälert wird. Künstler sollen Kunst machen, die sich rentiert oder anderweitig arbeiten. Dann brauchen sie den Staat nicht. Es ist ein Hobby des Stadtrats, das stark redimensioniert werden muss. Mir ist klar, dass der Antrag zurückgezogen werden sollte. Aber angesichts der Mehrheitsverhältnisse sollten wir in die Abstimmung gehen, damit die Bürger sehen, wofür das Steuergeld verschleudert wird.*

Markus Haselbach (Die Mitte): *Dieser Antrag will das Konto von 6,8 Millionen auf 0,8 Millionen Franken kürzen. Das kommt einem Kahlschlag in der Kulturförderung gleich. Die grössten Summen, die über dieses Konto verbucht werden, sind 2,3 Millionen Franken für das Zürcher Theater Spektakel, 2,1 Millionen Franken für das Theater am Hechtplatz, knapp 0,5 Millionen Franken für das Helmhaus und 0,25 Millionen Franken für das Filmpodium. Sehr viele weitere Beiträge werden für klassische Musik, Jazz, Rock und Pop gesprochen sowie für Film, bildende Kunst, Literatur und noch mehr. Viele Ausgaben sind gebundene Ausgaben. Unabhängig davon will die Mehrheit die Kulturförderung weiterführen.*



25 / 38

S. 153	15 1510 3130 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
021.	Antrag Stadtrat				6 864 800	Mehrheit
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
				6 000 000	864 800	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung:	Der Stadtrat soll für Dienstleistungen im Kulturbereich mit Fr. 864 800 auskommen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 022. und 023. (Postulat GR Nr. 2024/564)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Häberli (AL) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4054/2024): Die Kreislaufwirtschaft ist ein wichtiger Baustein, um das Wohlergehen der Gesellschaft innerhalb der planetaren Belastungsgrenze sicherzustellen. Die Kreislaufwirtschaft senkt die Abfallmenge und reduziert die negativen Umweltauswirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Zudem beschloss der Stadtrat im Februar 2024 79 Massnahmen zur Umsetzung der Strategie Kreislaufwirtschaft. Was hat das mit diesem Postulat zu tun? Wenn wir uns die Kreislaufwirtschaft aufs Transparent schreiben, dann müssen wir auch das Wissen und die Information über den Umgang mit den wiederverwendeten Materialien sicherstellen. Denn was nützt uns ein Bauteilmagazin, auch mit historischen Bauteilen, wenn wir nicht mehr wissen, wie wir mit den Bauteilen aus dem Jahr 1970 umgehen, wie sie montiert oder verarbeitet werden? Zu diesem Zweck wurde der Verein «Material-Archiv» gegründet. Er ist eine freie Wissensplattform, die den Transfer zwischen den Betroffenen, Fachleuten und der interessierten Öffentlichkeiten unterstützt. Es gibt eine digitale Plattform mit Informationen zu über 1400 Materialien, 280 Verarbeitungsverfahren und ihrer praktischen Anwendung. Zugänglich ist sie für Fachleute und die Allgemeinheit. Das Netzwerk Material-Archiv ist ein Verbund von elf Hochschulen,



*Museen und der Schweizer Baumuster-Centrale Zürich. Im Netzwerk werden Ausstellungen und Veranstaltungen durchgeführt, um den Austausch sicherzustellen. Damit sich Material-Archiv weiterentwickeln kann und um die Zürcher*innen noch breiter zum bewussten Umgang mit Ressourcen zu informieren, wird ab dem Jahr 2025 ein entsprechendes Betriebsbudget benötigt. Das Netzwerk erhält seit zehn Jahren Betriebsbeträge vom Kanton. In der letzten positiven Verfügung wurde zum wiederholten Male betont, dass eine Aufstockung des Kredits möglich wäre, wenn die Standortgemeinde auch einen entsprechenden Beitrag sprechen würde. Die Unterstützung des Material-Archivs ist eine wirksame Unterstützung für die Strategie Kreislaufwirtschaft und leistet auch einen Beitrag zur Reduktion.*

Markus Haselbach (Die Mitte): *Auch hier gilt, was die Dienstabteilung Kultur auf diesem Konto budgetiert. Es braucht ein Gesuch der Trägerschaft und die Statuten und die Jahresrechnung müssen geprüft werden. Das Gesuch muss gemäss den allgemeinen Förderkriterien bearbeitet werden. Es ist zu früh, auf dem Konto diesem Betrag zusätzlich zu buchen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung:

STP Corine Mauch: *Es ist ein Gesuch eingegangen bei unserem Förderprogramm KlimUp. Es wurde aber kein Beitrag gesprochen. Es ist ein seltsames Vorgehen, wenn ein grosser Betrag im Budget ohne eine Prüfung oder Verifizierung eingestellt werden soll.*

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Bereits meine Grossmutter hat erfolgreich Recyclingwirtschaft betrieben. Beim Auspacken der Weihnachtsgeschenke musste man darauf achten, kein Papier zu beschädigen, so dass sie die Weihnachtsgeschenke des nächsten Jahres wieder damit einpacken konnte.*

Leah Heuri (SP): *Wir bleiben in der Enthaltung aus den von STP Corine Mauch aufgezeigten Gründen. Beim Förderprogramm KlimUp kann man immer wieder erneut ein Gesuch einreichen, weshalb das Material-Archiv wieder erneut ein Gesuch stellen kann.*

Felix Moser (Grüne): *Wir waren erst in der Enthaltung. Es gab zwei Fragen, die uns wichtig waren. Die erste Frage ist, worum es dem Verein geht und was er macht. Im Wesentlichen geht es um die Nachhaltigkeit und Klimaziele, wenn Bauteile wiederverwertet und in die Kreislaufwirtschaft aufgenommen werden. Die zweite Frage ist, ob der Verein einen Bezug zu Zürich hat. Ja, er arbeitet mit verschiedenen Institutionen und Museen zusammen, es gibt Ausstellungen und er wird vom Kanton unterstützt. Deshalb kamen wir zur Meinung, den Beitrag und das Postulat zu unterstützen.*



Tanja Maag (AL): Ich verstehe die Empörung nicht. Beim Vorgehen sehe ich den Unterschied nicht zum Beitrag und Begleitpostulat der Grünen, die wir heute am frühen Abend besprochen haben. Der Grund für die Antragstellung in der Kultur ist nicht willkürlich, sondern weil es beim Kanton ebenfalls in der Kultur angesiedelt ist.

Stefan Urech (SVP): Wenn es um die Förderung in der Tanz- und Theaterlandschaft geht, sagen Sie, dass einzelne Beiträge nicht mehr hier behandelt werden sollen. Es sei nicht unsere Flughöhe, wir haben nicht die Gesamtübersicht, weshalb wir das einer Jury und an den Stadtrat abgeben sollen. Ich bin deshalb erstaunt, dass die Gleichen nun Anträge prüfen wollen für die Subventionierung von einzelnen, kleinen Vereinen mit Beiträgen von 100 Franken bis 50 000 Franken. Wenn man in Zukunft als Verein einen Zustupf erhalten will, dann kann man das an Rot-Grün schicken und sie werden das eventuell ins Budget bringen. Das ist keine Vorgehensweise und widerspricht Ihren Ausführungen zur Tanz- und Theaterlandschaft.

S. 157	15 1510 3636 00 898	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Übrige Betriebsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
022.	Antrag Stadtrat				4 343 700	Mehrheit
				100 000	4 443 700	Minderheit Enthaltung
		Begründung:	Neuer Beitrag an das Netzwerk Material-Archiv (https://materialarchiv.ch): Das Netzwerk betreibt ein ausführliches Nachschlagewerk zu Materialien und Bautechnologien, was u. a. der Wissensvermittlung und Sensibilisierung im Umgang mit Ressourcen dient. Ergänzend finden Ausstellungen statt, Publikationen werden veröffentlicht usw. Ein Betriebsbeitrag des Kantons Zürich ist derzeit der einzige Beitrag von Seiten der öffentlichen Hand.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 46 gegen 34 Stimmen (bei 36 Enthaltungen) zu.



Antrag 024.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Wir waren gegen die Züri City Card und lehnen sie ab. Konsequenterweise sind wir auch gegen den Eintrag ins Budget für Beratungen.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Züri City Card fand im Mai 2022 eine knappe Mehrheit der Zürcherinnen und Zürcher. Darum ist die Mehrheit dafür, dass die notwendigen Mittel für die Realisierung bereitgestellt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die Züri City Card richtet sich primär an Personen mit rechtswidrigem Aufenthalt. Das ist der Hauptzweck, auch wenn man versucht, das zu verschleiern. Sie soll der Anschein einer nicht rechtskonformen Situation erwecken und Schutz bieten vor möglichen Kontrollen. Personen sollen vor dem Zugriff der Behörden versteckt werden. Das ist ein Umgehen von Recht. Die Züri City Card ändert nichts am Status der Sans-Papiers. Die rechtliche Situation wird trotz einer solchen Karte gleichbleiben. Die Gemeinden verfügen nicht über die Kompetenz, einen solchen Ausweis auszustellen. Die Karte kann also nicht den Zweck einer Identifikation haben, womit sie die Forderung der ihr zugrunde liegenden Motion nicht erfüllen kann. Der Stadtrat selbst schrieb in seiner Weisung, dass der Nutzen einer solchen Karte sehr eingeschränkt ist. Wir müssen den Steuerzahler nicht noch mehr belasten und Geld für Beratungen ausgeben.

Tanja Maag (AL): «Rechtswidriger Aufenthalt» will ich so nicht stehenlassen. Es geht um einen nicht geregelten Aufenthaltsstatus. Hinter der Züri City Card steht eine Volksabstimmung. Wie die Karte ausgearbeitet werden soll, ist ein laufender Prozess. Für Yasmine Bourgeois (FDP) mag das einen kleinen Nutzen haben. Für Menschen, die im Stress sind, wenn sie sich ausweisen müssen oder eine Busse erhalten, hat das eine grosse Bedeutung.

Anne-Béatrice Schmaltz (Grüne): Die Züri City Card ist nicht nutzlos. Sie soll ein Ausweis für alle Stadtzürcher*innen sein. In erster Linie ist ein Ausweis für alle und in zweiter Linie kann er ein Schutz für Sans-Papiers sein. Sie haben häufig schlecht bezahlte Arbeitsstellen in der Gastronomie, der Landwirtschaft, in Privathaushalten und auf dem Bau. Sie werden zu einem Leben in Anonymität gezwungen. Dadurch sind sie verstärkt der Ausbeutung und des Betrugs ausgesetzt, gerade durch Arbeitgeberinnen oder Vermieterinnen. Es muss eine Möglichkeit geben, dass sich Sans-Papiers zur Wehr setzen können, ohne dass sie ihre Identität preisgeben müssen. Dafür kann Züri City Card sehr wichtig sein. Auch kann sie einen gewissen Schutz bieten. Uns sollte als Gemeinderat generell wichtig sein, dass alle Menschen in der Stadt vor Gewalt, Ausbeutung und Betrug geschützt werden. Die Züri City Card ist ein wichtiger Bestandteil für eine offene



Stadt, eine Stadt für alle und eine inklusive Stadt. Deshalb ist das weitere Prüfen und Arbeiten an der Umsetzung sehr wichtig.

Samuel Balsiger (SVP): *In der Pause gab es eine Demonstration der Gewerkschaft «VPOD», die sich gegen Lohndumping einsetzt. Es gab Plakate mit dem Slogan «Löhne rauf». Ich verstehe nicht, wie Sie sich nun für Sans-Papiers einsetzen, die systematisch Lohndumping betreiben und keine Sozialabgaben zahlen und somit gegen Ihre Werte leben. Sans-Papiers sind nicht Menschen, die verfolgt werden und Opfer sind. Sie haben oft kein Anrecht auf Asyl. Oftmals kommen sie aus Lateinamerika – das ist kein Kriegsgebiet. Dass sie in der Schweiz ihr Glück suchen wollen, ist aus Ihrer Sicht in Ordnung. Das betrachten wir aber nicht als rechtsstaatlich. Wenn jemand kein Aufenthaltsrecht hat, dann muss er das Land verlassen. Wenn jemand kein Anrecht auf Asyl hat, dann hat er kein Anrecht darauf, über das Asylwesen in die Schweiz zu kommen. Wenn jemand Lohndumping betreibt und günstige Wohnungen wegnimmt, dann haben diese Leute nichts in der Schweiz zu suchen. Sie müssen zurück in ihr Herkunftsland. Meist liegt das in Lateinamerika, wo Sie gerne in die Ferien gehen. Es sind keine Opfer, sondern Täter, die Lohndumping betreiben. Man geht davon aus, dass bis zu 300 000 Sans-Papiers in der Schweiz leben. Sie nehmen 100 000 günstige Wohnungen weg, bezahlen keine Sozialabgaben und betreiben Lohndumping, während Sie sie als Helden oder Opfer darstellen wollen.*

S. 166	15 1561 3132 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Projektstab Stadtrat Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
024.	Antrag Stadtrat				475 000	Mehrheit
					410 000	Minderheit
			65 000			
			Begründung:	Wir wollen die Züri City Card nicht und wollen daher auch keine Beratungen dafür.		
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
						Johann Widmer (SVP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Persönliche Erklärungen:

Sophie Blaser (AL) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Samuel Balsiger (SVP) und zum Vorwurf des Lohndumpings im Zusammenhang mit der VPOD.

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu Lohndumping und dem Auftrag des VPOD.

FINANZDEPARTEMENT

Antrag 025.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Barbara Wiesmann (SP): *Wir verlangen, dass in der Fachstelle Gemeinnütziges Wohnen zusätzlich 1,5 Stellen geschaffen werden. In der Fachstelle gibt es eine hohe Auslastung aufgrund der Leitzinserhöhung und folglich von Mietzins erhöhungen, welche die Fachstelle überprüfen musste. Zusätzlich sind die zwei grossen Projekte Jugendwohnkredit und Wohnbauaktion offen. Sie dienen der Subventionierung von Wohnraum und sind wichtige Instrumente, um eine soziale Durchmischung zu ermöglichen und zu verhindern, dass Menschen mit wenig Geld aus der Stadt verdrängt werden. Bei beiden Projekten sind die Vorgängerprojekte bereits länger praktisch ausgeschöpft und es braucht dringend Folgeprojekte. Die 1,5 Stellen beantragen wir, damit die Projekte schnell umgesetzt werden und damit die Zusammenarbeit mit den Wohnbauträgern verbessert werden kann.*

Sven Sobernheim (GLP): *Gemäss Auskünften kommt die neue Vorlage zur Wohnbauaktion im März 2025. Der Jugendwohnkredit sollte sogar noch dieses Jahr kommen. Für das Delegiertenwesen sowie die Beratung der Mietzinsgestaltung hat der Stadtrat bereits die Stellen beantragt. Für die Minderheit ist deshalb nicht klar, wofür die 1,5 zusätzlichen Stellen eingesetzt werden sollen, wenn alle aufgezählten Themen bereits aufgegleist sind. Für die GLP kann ich ergänzen, dass wir den Delegierten für Wohnen unter anderem darum unterstützt haben, damit er die Koordination im Bereich Wohnen übernimmt. Dass jetzt im Finanzdepartement wieder 0,5 Stellen für die Koordination des Koordinators gefordert werden, erschliesst sich uns nicht.*

Weitere Wortmeldung:

Tanja Maag (AL): *Die Fachstelle war im Jahr 2024 personell nicht konstant komplett aufgestellt. In diesem Sinne war sie vielleicht nicht top arbeitsfähig. Es zeigte sich bereits bei den Nachtragskrediten, dass sie eine temporäre Arbeitskraft brauchen, worauf*



sie nun verzichten. Für die zusätzlichen Stellen spricht, dass sie zu einer Konsolidierung der Abteilung führen können. Zudem erwartet man von der Fachstelle eine intensivere Governance betreffend den städtischen Delegierten für gemeinnützige Wohnbauträgerschaften. Mit einem noch hängigen Postulat verlangen wir eine kritische Prüfung und aktive Beratungstätigkeit. Aus diesen Gründen wäre das Ablehnen der zusätzlichen 1,5 Stellen nicht schlüssig.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die Stelle hatte teilweise vorzeitige Abgänge und Krankheitsfälle. Auch werden zusätzliche Aufgabenstellungen kommen. Aber dafür haben wir bereits Stellen beantragt. Sollte die Stelle gebraucht werden, wird das entsprechend angeschaut. Aber ich kann nicht sagen, dass die zusätzliche Stelle Mitte nächsten Jahres besetzt sein wird. Wir machen das unseren Bedürfnissen entsprechend und es ist nicht so, dass wir die Planung nicht im Griff haben.*

S. 174	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2000	Finanzdepartement Departementssekretariat				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
025.	Antrag Stadtrat			3 307 800	Minderheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			150 000	3 457 800	Mehrheit	Barbara Wiesmann (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Erhöhung der Stellenanzahl in der Fachstelle Gemeinnütziges Wohnen, u. a. aufgrund der kommenden grossen Projekte Jugendwohnkredit, Wohnbauaktion. 1 Stelle für die konsequente Umsetzung wohnbau-förderlicher Projekte und für die Schnittstelle zum Stab Wohnen des Stadtrats; 0,5 Stellen für die Zusammenarbeit mit Wohnbauträgern			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 026.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Barbara Wiesmann (SP): *Mit diesem Antrag verlangen wir, dass die Umsetzung des wissenschaftlich begleiteten Pilotversuchs für eine Viertageweche mit interessierten privatwirtschaftlichen Unternehmen beschleunigt wird. Vor mehr als zwei Jahren haben wir ein entsprechendes Postulat überwiesen. Bis jetzt geschah nichts. Eine Viertageweche hat verschiedene Vorteile und muss vorantrieben werden. Es kann Stress reduziert und damit können Fehler verhindert, unbezahlte Care-Arbeit kann besser mit dem Beruf vereinbart und zu Zeiten von Fachkräftemangel können Stellen attraktiver werden. Ausserdem weist die Schweiz im OECD-Vergleich eine der längsten Wochenarbeitszeiten auf. Bei der Beantwortung unserer Fragen weist der Stadtrat darauf hin, dass die Umsetzung der Motion GR Nr. 2022/287 jetzt gestartet wird und man diese Resultate abwarten will. Das Projekt aus der Motion weist aber ein anderes Setting auf. Dort geht es um eine 35-Stunden-Woche im Schichtbetrieb. Eine Viertageweche in einem privaten Unternehmen ist eine andere Situation und weist viele Unterschiede auf. Darum sehen wir nicht ein, warum die Resultate der Motion für eine 35-Stunden-Woche im Schichtbetrieb abgewartet werden. Mit diesen 40 000 Franken kann das Projekt zumindest gestartet werden. Leider nannte uns das Finanzdepartement keinen Betrag, weshalb wir aus der Erfahrung von anderen wissenschaftlichen Begleitungen einen Betrag geschätzt haben.*

Përparim Avdili (FDP): *Es ist interessant, dass es hier offenbar keine Rolle spielt, was der Stadtrat dazu meint. Man weiss es besser und jetzt soll es umgesetzt werden. Es gibt eine einfache Begründung zur Ablehnung. Der Stadtrat stellte Ende November einen Antrag zur Fristerstreckung. Diese ist für die Sitzung am 15. Januar 2025 traktandiert. Dann können wir nochmals die Diskussion darüber führen, innerhalb welcher Fristen es die Umsetzung braucht. Dass das Budget dafür missbraucht wird, ist unangebracht.*

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): *Wir unterstützen das Postulat und den Pilotversuch für eine Viertageweche mit Firmen in der Stadt. Gleichzeitig ist ein Pilotversuch für eine 35-Stunden-Woche bei städtischen Mitarbeitenden in Planung. Zuerst sollen die Resultate von diesem Pilotversuch abgewartet werden. Basierend darauf kann dann der zweite Pilotversuch angegangen werden, bei dem die Learnings benutzt werden können. Das bringt uns in ein Dilemma. Wir wollen das nicht ablehnen, wollen aber auch nicht zustimmen.*

Johann Widmer (SVP): *Noch eine Stelle und noch eine Stelle und noch eine Stelle. Jetzt sind es 40 000 Franken für wissenschaftlich begleitete Pilotversuche.*



33 / 38

S. 175	20 2000 3130 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Departementssekretariat Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
026.	Antrag Stadtrat				20 000	Mehrheit
				40 000	60 000	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Der wissenschaftlich begleitete Pilotversuch für eine Viertageweche mit interessierten privatwirtschaftlichen Unternehmen soll bereits im Jahr 2025 gestartet werden und nicht erst nach der Umsetzung der Motion GR Nr. 2022/287. Aufgrund des unterschiedlichen Settings werden auch unterschiedliche Erkenntnisse erwartet, weshalb ein Abwarten der Erfahrungen aus der Motion GR Nr. 2022/287 nicht notwendig ist.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 55 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 027. und 028. (Postulat GR Nr. 2024/552)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4042/2024): Die Rechnung der Stadt hat auch mit Gleichstellung zu tun. In der Rechnung wird unter anderem auch der Einsatz für die Gleichstellung von allen Geschlechtern abgebildet. Massnahmen für mehr Gleichstellung müssen alle Bereiche umfassen, denn die Gleichstellung muss umfassend gedacht werden und Massnahmen müssen in diversen Bereichen ergriffen werden. Es ist wichtig zu wissen, welche Auswirkungen budgetpolitische Massnahmen auf die Gleichstellung der Geschlechter haben und ob sie Geschlechterungleichheiten reduzieren, vergrössern oder unverändert lassen. Mit einer geschlechterspezifischen Rechnungsanalyse sollen geschlechterspezifische Unterschiede identifiziert und sichtbar gemacht werden. So können zukünftig Gleichstellungsperspektiven für bessere



Budgetentscheidungen berücksichtigt werden. In Zürich wurde in den Jahren 2004–2005 im Rahmen eines Pilotprojekts bereits eine geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse durchgeführt. Daran soll angeknüpft werden. Es kann beispielsweise untersucht werden, wie staatliche Mittel in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sozialleistungen und Infrastruktur eingesetzt werden und ob es dabei geschlechterspezifische Unterschiede gibt. In diesem ersten Schritt geht es um eine Sichtbarmachung. Danach können Massnahmen ergriffen werden, falls die Analyse etwas aufzeigt. Ein Budget oder eine Rechnung wird oft als objektiv angesehen. Das ist jedoch nicht der Fall. Unsere Gesellschaft wurde lange von Männern und ihrer Sichtweise und ihren Bedürfnissen geprägt. Das hat Auswirkungen bis heute. Wenn wir eine gleichgestellte und diskriminierungsfreie Gesellschaft wollen, dann müssen wir auch beim Einsatz der staatlichen Mittel genau hinschauen. Es geht um eine faire Verteilung von Ressourcen und um einen umfassenden Blick, der alle Menschen einschliesst. Wer sich dem versperrt, versperrt sich echter Gleichstellung.

Markus Haselbach (Die Mitte): *In diesem Zusammenhang wird oft erwähnt, dass die Stadt Luzern eine geschlechterspezifische Rechnungsanalyse durchführte. Das Resultat in Luzern war, dass die Gesamtergebnisse über alle ausgewählten Funktionen hinweg kaum geschlechterspezifische Unterschiede aufzeigen. Herausgekommen ist, dass der Anteil der Ausgaben für Frauen ein wenig höher ist. 51 Prozent der Ausgaben konnten Frauen zugeordnet werden. Weil es auch in Luzern mehr Frauen als Männer gibt, sind Ausgaben pro Kopf aber beinahe gleich; die Ausgaben sind sogar leicht höher pro Mann, aber sie sind unwesentlich höher. Schaut man auf die einzelnen Bereiche, dann sind Unterschiede bei der Verteilung der Ausgaben feststellbar. In den Bereichen Gesundheit und Soziale Sicherheit sind die Ausgaben für die Frauen höher als die Ausgaben für die Männer. Frauen beziehen häufiger Ergänzungsleistungen und die Ausgaben für die Langzeitpflege sind bei den Frauen höher als bei den Männern. In den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit, Kirche, Bildung sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung sind die Ausgaben für die Männer höher. Im Bereich Bildung fallen die deutlich höheren Ausgaben für Jungen im Bereich der Sonderschulung auf. Der motorisierte Individualverkehr wird von Männern intensiver genutzt. Andererseits sind beim öffentlichen Verkehr die Ausgaben für Frauen etwas höher. Diese Unterschiede sind plausibel aufgrund von leicht anderen Lebensläufen, anderen Interessen und Vorlieben und der längeren Lebenserwartung von Frauen. Die Studie führte zu keinen wesentlich neuen Erkenntnissen. Luzern verzichtet deshalb auf eine periodische Wiederholung dieser Auswertung, auch aufgrund einer Kosten-Nutzen-Betrachtung. In Zürich ist die Situation nicht viel anders, die Analyse wird zu ähnlichen Ergebnissen führen. Dafür Geld auszugeben ist aus dem Fenster geworfenes Geld.*

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Das ist wieder ein Antrag und ein Postulat der Feministen. Es ist unglaublich, was der Wahn des Geschlechterkampfes der Feministen den Steuerzahler alles kosten soll. Sogar die Rechnung soll auf Basis des Wahns durchleuchtet werden.*



Eine Rechnung kennt nur ein Kriterium: das Budget und die Erfolgsrechnung. Sie müssen stimmen, alles andere ist Unfug. Ihr habt bereits Menstruationsurlaub und gratis Binden: Wollt ihr als nächstes den Mann abschaffen?

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): *Eine geschlechterspezifische Analyse kann auch etwas für Nicht-Feministen zutage fördern. Das Geld kann auch dümmert zum Fenster herausgeworfen werden als mit einer genderspezifischen Analyse für die Rechnung. Dass bei der Analyse in Luzern kaum geschlechterspezifische Unterschiede herausgekommen sind, ist kein Grund dafür, eine solche Analyse in Zürich nicht durchzuführen. Ein interessanter Aspekt aus der Analyse reicht bereits als Grund, eine solche Analyse durchzuführen: Frauen haben in Luzern häufiger Ergänzungsleistungen bezogen. Das sagt etwas aus und man könnte direkt aufgrund eines Resultats, das in Zürich vielleicht herauskommt, der Fachstelle für Gleichstellung einen Auftrag erteilen, um Frauen zu beraten, wenn Altersarmut droht. Der Bericht aus Luzern leistete zudem Vorarbeit für uns. Denn es konnten Aussagen zur Datenlage und zur Wirkung der Ausgaben gemacht werden, die für unsere Analyse hilfreich sein können. So können wir auf aussagekräftige Ergebnisse hoffen.*

Barbara Wiesmann (SP): *Die SP unterstützt sowohl den Antrag als auch das Postulat. Das «Gender Budgeting» ist ein wichtiger Schritt zu einer gerechten und gleichberechtigten Gesellschaft. Es bietet uns eine klare Möglichkeit, strukturelle Benachteiligungen zu erkennen und die Lebensrealitäten von Frauen und Männern gleichermassen zu berücksichtigen. Es gibt leider nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Frauen sind häufiger von Armut betroffen, verdienen weniger, sind in Führungspositionen unterrepräsentiert und übernehmen einen grösseren Anteil der Care-Arbeit. Gender Budgeting ermöglicht es, diese Ungleichgewichte zu erkennen und gezielt Massnahmen zu ergreifen, um die Gleichstellung zu fördern. Der Ansatz ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Effizienz. Wenn wir die Perspektiven der Geschlechter in der Budgetgestaltung vernachlässigen, verpassen wir die Chance, diese Ressourcen dort einzusetzen, wo sie den grössten Einfluss haben.*

Serap Kahrman (GLP): *Jeder Franken, den wir heute budgetieren und den wir ausgegeben haben und ausgeben werden, betrifft direkt und indirekt die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher und somit Frauen und Männer. Aber betrifft er die Geschlechter auch gleichermassen? Aus internationalen Budgetanalysen wissen wir, dass öffentliche Gelder eher zugunsten von Männern ausgegeben werden. Wie aber ist es bei uns? Es ist Zeit, dass sich Zürich mit den Einnahmen und Ausgaben auch hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit beschäftigt und Massnahmen ergreift, wenn Ungleichheiten festgestellt werden. Mit dem Begleitpostulat und dem Antrag wollen wir unter anderem wissen, ob eher Frauen oder Männer von den staatlichen Ausgaben und Förderungen profitieren und ob Einsparungen eher Frauen oder Männer betreffen. Wir wollen, dass aus*



der Analyse die richtigen Schlüsse gezogen werden und dass bei Bedarf die Gelder geschlechtergerecht oder geschlechtergerechter verteilt werden. Andalusien machte es vor und zeigte auf, dass ein geschlechtergerechtes Budget dazu führt, dass es mehr Kinderbetreuung, mehr weibliche Gründerinnen und mehr weibliche Professorinnen gibt. In Frankreich gibt es inzwischen mehr beleuchtete Trottoirs und mehr Turnplätze als nur Fussballfelder. Die GLP will die Diskussion über Gleichstellung nicht länger auf der gefühlten Ebene führen. Wir wollen die tatsächliche Gleichstellung und nicht einen ideologischen Kampf. Die Hebel müssen darum dort eingesetzt werden, wo sie am effektivsten sind: beim Geld.

Martina Zürcher (FDP): *Tanja Maag (AL) begann ihr Votum mit der Aussage, dass man Geld für Dümmeres ausgeben kann. Wir wissen alle, dass das stimmt. Deswegen muss aber ein Postulat nicht überwiesen werden. Sie sprach beispielsweise das Thema Ergänzungsleistungen an. In der Schweiz haben Frauen eine 3,5 Jahre höhere Lebenserwartung als Männer. Bei Ehepaaren in der Schweiz ist die Frau im Schnitt drei Jahre jünger als der Mann. Die meisten verheirateten Frauen werden also verwitwet. Dort kommt das Problem der Rentenhöhe. Frauen sind auch in den Alterszentren in der klaren Mehrheit. So kommt das zustande. Serap Kahriman (GLP) stellte Turnplätze gegenüber Fussballplätzen. Als jemand, die eine aktive Fussballlizenz hatte, finde ich das eine spezielle Bemerkung. Ich hatte nie einen Turnplatz gebraucht, aber einen Fussballplatz brauchte ich.*

Stefan Urech (SVP): *Das Postulat hinkt für mich vor allem bei einer Formulierung. Das Gender Budgeting soll «die Gleichstellung aller Geschlechter in der Rechnung» abbilden. «Aller» ist nicht zufällig gewählt. Sie schreiben nicht zufälligerweise nicht von «beiden» Geschlechtern, sondern von «allen», weil Sie sich in dieser Mehrheit, die das unterstützt, nicht einig sind, wie viele Geschlechter es gibt. Meine Vorrednerinnen Serap Kahriman (GLP) und Martina Zürcher (FDP) sprechen von Männern und Frauen. Als ich in der Kommission die Fachstelle für Gleichstellung fragte, von wie vielen Geschlechtern die Stadt ausgeht, haben sie mir gesagt «drei bis vier». Jetzt will ich von den machtragenden Parteien wissen, wie viele Geschlechter es gibt, denen sie die Rechnungspos-ten zuordnen wollen. Für eine systematische Zuordnung müssen wir uns darüber einig sein, wie viele Geschlechter es gibt.*

Samuel Balsiger (SVP): *Das Problem eines erfolgreichen Systems ist immer, dass sich nach einer gewissen Zeit die Dekadenz ausbreitet. Was wir im Gemeinderat regelmä-ssig diskutieren, zeigt das auf. Wenn man im durch den Kapitalismus erarbeiteten Wohlstand lebt und man nicht mehr weiss, wer als Opfer definiert werden kann, dann reicht man solche Vorstösse ein. In früheren Zeiten, als die Schweiz noch nicht so reich war, hatte man sich darum bemüht, Arbeitsplätze zu schaffen, Familien zu entlasten, die Landesverteidigung zu gewährleisten und wie die Selbstversorgung sichergestellt werden kann. Das sind die Grundaufgaben, die der Staat gewährleisten muss. Er muss nicht solche Sachen diskutieren. Wir wissen, dass Ihre Klimapolitik zwölf Milliarden Franken kosten wird und durch Sie 40 000 Haushalte ihre Wohnung verlieren werden. Das sind*



die Auswirkungen der staatlichen Ausgaben auf das Geschlecht. Von der Statistik der Stadt wissen wir, wie die Haushalte zusammengesetzt sind und somit wissen wir, wie viele Frauen von Ihren Leerkündigungen betroffen sind. Wir müssen uns auf die Staatsaufgaben konzentrieren, den Staat zurückfahren und uns nicht mit dekadenten Vorstößen beschäftigen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat ist bereit für die Entgegennahme des Postulats. Dafür gibt es eine Stadtzürcher Tradition: In den Nullerjahren wurde eine solche Analyse bereits einmal durchgeführt. Aufgrund von Luzern kam die Idee, das nochmal anzuschauen und ich beantragte meinen Kollegen, das Postulat entgegenzunehmen. Das Postulat wurde seit der ersten Version breiter. Der Stadtrat versteht es als Auftrag im Sinne der Worte von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne). Erst führen wir die Analyse durch und danach schauen wir, wo die Differenzen so gross sind, dass sich eine vertiefte Analyse lohnt und Massnahmen ergriffen werden. Das macht Sinn, wenn eine Ungleichverteilung erkannt wird. Wir nehmen die Fragestellung ernst.*

S. 175	20 2000 3132 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Departementssekretariat Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
027.	Antrag Stadtrat			454 000	Minderheit
			120 000	574 000	Mehrheit
					Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung: Durchführung einer geschlechterspezifischen Rechnungsanalyse			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



38 / 38

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 122,
Beschluss-Nr. 4074/2024)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat